Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Renkwitz. Druck u. Verlag: Auer Druckerei u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Tel.-Adr.: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.80 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.20 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.80 Mark, monatlich 4.60 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und Bezirk beim Schwerpunkt 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 210 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Aufschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 33. Mittwoch, den 9. Februar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Foreign Office gibt bekannt: Der deutsche Botschafter hat die britische Regierung in Kenntnis gesetzt daß die deutsche Regierung die Einladung zur Londoner Konferenz annimmt. Die Konferenz wird am 1. März stattfinden.

•

Nach Walther Rathenaus Berechnung kommen die Ententeforderungen einer täglich 14-stündigen Frohnarbeit der Deutschen auf anderthalb Menschenaltern gleich.

•

In Bremen lief ein neuer Dampfer, Hindenburg getauft, vom Stapel.

•

Tschitscherin hat eine Note an Lord Curzon gerichtet, in der er mitteilt, Krassin werde nach London zurückkehren, um die Wirtschaftsverhandlungen zu Ende zu führen.

•

Das Homerule-Gesetz für Irland wird wahrscheinlich zurückgezogen werden, da die Iren auf ihrem Standpunkt beharren, zwei Parlamente in Irland nicht dulden zu wollen.

Der Ernst der Stunde.

Die mehrfachen Beratungen, die das Reichskabinett am Montag abhielt, haben noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. In politischen Kreisen Berlins erwartet man mit Spannung den Ausgang der Ministerberatung in München und verkennt nicht den Ernst der Lage, der eintreten würde, wenn Bayern starr auf seinem Standpunkt beharrt. Man hat den Eindruck, daß der energische Widerstand, dem von Kahr durch die übrigen süddeutschen Vertreter in der Konferenz begegnete, persönlich zwar nicht ohne Einfluß auf den bayrischen Ministerpräsidenten geblieben ist, daß aber die festen Instruktionen, die ihm mitgegeben worden waren, keine Revision seines Standpunktes zuließen, wodurch es ihm auch unmöglich erschien, seinerseits sich zum Wortführer der Berliner Auffassung in München zu machen. In der Reichskabinettssitzung am Montag konnte infolge der völligen Ungeklärtheit der bayrischen Stellungnahme demnach auch nichts weiter als ein Referat über die Situation gegeben werden. In politischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß auch ohne die Zustimmung Bayerns der von der Reichsregierung formulierte Standpunkt in der Entwaffnungsfrage voll und ganz aufrechterhalten werden muß, selbst auf die Gefahr hin, daß man in der Antwort an die Entente gezwungen wäre, eine Ausnahme für Bayern vorzubehalten. Ehe man sich aber dazu entschließt, glaubt man, daß der Außenminister alle nur möglichen Anstrengungen machen wird, um Bayern zum Einlenken zu bewegen. Es kann deshalb unter Umständen erwartet werden, daß nach Abschluß des bayrischen Ministerrates Außenminister Simons persönlich nach München reist, um sich mit den dortigen politischen Kreisen auszusprechen. Ueber die deutschen Gegenvorschläge konnte in der Kabinettssitzung naturgemäß auch noch keine klare Einhelligkeit gewonnen werden. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß man bei der Frage der Aufbringung der Entschädigung durch eine Neuordnung des deutschen Steuersystems etwas eingehender verweilt. Man ist in politischen Kreisen der Auffassung, daß die Belastung des deutschen Volkes durch direkte Steuern ihre Höchstgrenze erreicht hat, die auch eine Vermehrung der indirekten Steuern außerordentlich schwierig machen würde. Man glaubt deshalb, daß bei einer Vermehrung der indirekten Steuern eine Neugestaltung des direkten Steuersystems unumgänglich ist. Umsatzsteuer und Kohlensteuer werden voraussichtlich sehr bald eine Aenderung erfahren. Die Aufrechterhaltung der zwölfprozentigen Zollannuitäten müßte allerdings die Wirtschaftskraft Deutschlands derart schwächen, daß auch durch das härteste Steuersystem ein irgendwie befriedigendes Ergebnis nicht erzielt werden könnte.

Zur Rede Lloyd Georges.

Aus deutschdemokratischen Kreisen wird geschrieben: Die Rede Lloyd Georges in Birmingham erfordert gerade von demokratischer Seite eine offene und deutliche Antwort. Lloyd George droht. Er glaubt in dem Widerstande Deutschlands gegen die Pariser Beschlüsse den Geist Deutschlands von 1914 wieder zu erkennen, spricht von der Sache der Gerechtigkeit, in deren Namen die Alliierten die Heilighaltung der Verträge gegen die Männer von 1914, gegen die Klasse, die den Krieg provoziert hätte, erzwingen würden. Das heutige Deutschland, entwaffnet, zermürbt, durch die Politik der Alliierten zerrissen, mit dem Deutschland von 1914 zu vergleichen, ist nutzloser Hohn und wird wohl auch von den Flagellanten in den Kreisen der Unabhängigen, auf die Lloyd George spekuliert, nur als Hohn empfunden werden. Nicht die Alliierten stehen dem Deutschland von 1914, sondern das völlig umgestaltete, hilf- und wehrlose Deutschland von 1921 steht genau demselben Geist, genau denselben Männern gegenüber, auf denen heute noch der alliierte Anteil — und das ist der größere und schwerere — an der gemeinsamen Schuld am Weltkrieg lastet, den Männern, die dem Zaren silberne Schwerter überreicht, die russische Rüstungen durch die Bedingungen ihrer Anleihen beschleunigt, die serbischen Pläne, die zum Kriege führen mußten gefördert und unterstützt, die Herrn Sasonow aus Petersburg in der Unterredung von Balmoral über die Freude aufgeklärt haben, mit der England jede Gelegenheit ergreifen werde, den deutschen Konkurrenten zu vernichten. Deutschland weiß, daß es denselben Männern noch heute gegenüber steht, daß dieselben Männer noch heute dieselben Pläne haben, daß die Beschlüsse von Paris nur die Fortsetzung der Pläne sind, die zum Weltkrieg geführt, sich im Versailler Frieden völlig entschleiert haben, und jetzt sogar über den Versailler Frieden hinaus fortgesetzt werden sollen. Es ist nach den Worten Clemenceaus: Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, gegen die 20 Millionen Deutscher, die zuviel auf der Welt sind. Es ist der alte Konkurrenzneid. Deutschland soll ruiniert werden, und wenn der Versailler Friede dazu nicht ausreichen sollte, muß er erweitert werden. Diese Erweiterung ist Paris.

Die Heiligkeit der Verträge? Aber die soll wohl nur für uns gelten? Wie kommt man dazu, unter Androhung von Sanktionen, von uns mehr und anderes zu erpressen, als der Vertrag von Versailles von uns fordert? Wenn Lloyd George diesen Vertrag für nicht allzu heilig hält, so hat er vielleicht Grund dazu, denn er weiß besser wie wir, wie dieser heilige Vertrag, diese magna charta der neuen Weltfreiheit, zustande kam. Er erinnert sich ohne Zweifel daß dieser heilige Vertrag auf einem Rechts- und Treubruch, nämlich auf der Mißachtung des Notenwechsels, den Wilson namens der Alliierten mit der deutschen Regierung über die Vorbedingungen der Waffenniederlegung geführt hat, aufgebaut ist, daß er ohne mündliche Verhandlung, ohne die Möglichkeit der Gegenrede einem wehrlosen Volke als eine dicke Paragraphensammlung mit Gewalt in den Schlund gezwungen wurde, anders als Artaxerxes und Cyrus oder irgend jemand anderes, auch das vorrepublikanische Deutschland, Verträge schlossen, die Anspruch erhoben, heilig gehalten zu werden. Deutschland sieht in den Beschlüssen von Paris nur die alten Pläne der Vernichtung. Deshalb ist es zum äußersten Widerstand entschlossen. Das Maß ist voll.

Der Fall Priesdorff.

Der preußische Minister des Innern hat einem Geheimen Regierungsrat, Major a. D., namens v. Priesdorff, der bisher Inspektor der Schutzpolizei war, mit einer kurzen Frist von kaum vier Wochen gekündigt und als Grund angegeben, daß die von ihm innegehabte Stellung zukünftig aus Sparsamkeitsrücksichten fortfallen werde; doch wird dem Beamten in Aussicht gestellt, daß er später als Leiter einer demnächst zur Verstaatlichung gelangenden Polizeiverwaltung wieder verwendet werden soll. Herr von Priesdorff soll gegen die von ihm als ungesetzlich empfundene Kündigung Einspruch erhoben und einen dienstlichen Urlaub angetreten haben. Die Sache macht auf den ersten Blick einen unangenehmen Eindruck. Die Begründung mit der Sparsamkeit reicht natürlich nicht aus, und man ist versucht, nach politischen Gründen zu suchen. Sie werden von verschiedenen Seiten verschieden dargestellt. Von der einen, nebenbei gesagt, einem demokratischen Blatt Berlins, wird behauptet, daß Priesdorff dem Verein sozialdemokratischer Polizeibeamten entgegengetreten sei, weil er in der Polizei ebensowenig parteipolitische Agitation dulden wolle, wie sie in der Reichswehr ertragen werden kann, und das Blatt hat nun vermutet daß Herr Severing im Hinblick auf die preußischen Wahlen seine Partei in seiner eigenen Beamtenschaft habe fördern wollen. Wenn diese Darstellung zutrifft, wäre das Vorgehen des Ministers natürlich entschieden zu verurteilen; aber wir halten es für ziemlich ausgeschlossen, daß der Fall so liegt — denn so töricht ist der Minister Severing schwerlich, daß er 14 Tage vor den Wahlen seiner Partei eine solche Blöße geben würde, die natürlich von den gegnerischen Parteien, namentlich der Rechten, weidlich ausgenützt werden würde. Nach anderen Darstellungen hat der ehemalige Major von Priesdorff sich nach der Revolution zum Sozialismus bekannt und für die völlige Abschaffung eines Heeres in Deutschland sich ausgesprochen; später sei er aber dann ganz nach der Rechten hinübergeschwenkt und habe den deutschnationalen Abgeordneten Material zugeleitet, das gegen den Minister verwendet werden sollte. Er hat ferner, wie es heißt, unter seinen Beamten namhafte Beträge verteilt, ohne daß man wüßte, woher das Geld stammt, und als der Minister Aufklärung von ihm forderte, dies verweigert. Trifft das zu, so hätte der Minister, statt solch eine unzulässige wahltaktische Handlung zu begehen, vielmehr offenbar einer parteipolitisch gefärbten Agitation ein Ende gemacht. Jedenfalls bedarf der Fall einer genauen amtlichen Aufklärung, die auch von der Gegenseite nicht bestritten werden kann. Bis dahin wird man gut tun mit dem Urteil zurückzuhalten.

Kleine politische Meldungen.

Wichtige Reichsgesetze für Handel, Landwirtschaft und Handwerk. Wie bekannt wird, sind verschiedene Rahmengesetze in Vorbereitung, die die Organisation der Händler in Aussicht stellen, die Organisation der Landwirtschaft regeln und ein drittes Rahmengesetz, das die Fachorganisationen des Handwerks neu regelt. Bei all diesen Rahmengesetzen werden Voraussetzungen geschaffen werden, durch die die in der Verfassung festgelegte Mitwirkung der Arbeitnehmerseite in besonderer Weise gesichert wird.

1120 Protestversammlungen. Nach den am Montag früh vorliegenden Nachrichten aus dem Reiche sind am Sonntag im Reichsgebiete in insgesamt 1120 Protestversammlungen Kundgebungen gegen die Pariser Beschlüsse gefaßt worden.

Auch das amerikanische Staatsdepartement dementiert. Das Staasdepartement teilt amtlich mit, daß der amerikanische Kommissar in Berlin nicht ermächtigt sei, Verhandlungen mit Deutschland einzuleiten. Es stellt auch in Abrede, daß der Kommissar versucht habe, Besprechungen über die Frage von Verhandlungen zur Herbeiführung eines Sonderfriedens mit Deutschland einzuleiten.

Rücknahme der amerikanischen Besatzungstruppen? Die Franzosen sind entschlossen, für den Fall, daß die Amerikaner ihre Besatzungstruppen am Rhein verringern sollten, den Ausfall durch Verstärkung des französischen Kontingents wettzumachen. Man rechnet damit, daß Harding alle Amerikaner vom Rhein zurückziehen wird.

Neue Waffenfunde bei Königsberg. Nachdem kürzlich in einem alten Militärschuppen etwa 30 unbrauchbare Feldgeschütze aufgefunden worden waren, hat das Wehrkommando eine Durchsuchung aller Festungswerke angeordnet. Dabei wurden in einem außerhalb des Forts V gelegenen nichtbewachten Unterstand 750 Gewehre durch einen Offizier des Zeugamts aufgefunden. Die Waffen sind ordnungsmäßig zerstört und der Treuhandgesellschaft übergeben worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Die Ueberschichten im Ruhrgebiet. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergarbeiterverbände wegen der Verlängerung des Ueberschichtenabkommens in Essen haben am Sonntag zu einer prinzipiellen Einigung geführt. Die Vertreter der Bergarbeiter haben sich einverstanden erklärt, daß die Ueberschichten bis zum Abschluß der Verständigung weiter verfahren werden.

Belgische Truppenzusammenziehungen. Auch an der belgischen Grenze mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Alliierten Anstalten treffen, durch Anhäufung von Truppenmassen einen Druck auf Deutschland auszuüben. Ganze Züge von belgischen Truppen, Geschossen und Kriegsmaterial werden insbesondere vor Malmedy beobachtet. Man gewinnt an der belgischen Grenze den Eindruck einer Mobilisation.

Die Entente droht mit Besetzung Wiens. Die karlistische Wiener Montagszeitung bestätigt, daß die Mantelnote, die dem Protokoll der Pariser Verhandlungen beigegeben ist, das Anschlußverbot aufs neue betont. Gleichzeitig verweist das Blatt darauf, daß der Wiener französische Geschäftsträger nach dem österreichischen Kabinettswechsel dem Bundeskanzler Dr. Mayr mitteilte, daß, falls Oesterreich tatsächlich den Anschluß zu vollziehen beabsichtigt, die Besetzung Wiens durch südslawische Truppen in Aussicht genommen sei.

Ein polnisch-rumänisches Bündnis? Matin veröffentlicht eine Unterredung mit dem Fürsten Sapieha, der die bestimmte Mitteilung machte, daß Polen und Rumänien ein Bündnis abgeschlossen hätten. Die Tschechoslowakei ist vorläufig noch nicht daran beteiligt. Sapieha sagte, sie werde später daran teilnehmen, aber in einem kritischen Augenblick habe sie Polen verletzt und diese Wunde müsse erst heilen.

Aufruhr in Galizien. In den Karpathen Ostgaliziens besteht, wie von Berliner parlamentarischer Seite verlautet, seit mehreren Tagen längs der galizisch-tschechoslowakischen Grenze ein erbitterter Kleinkrieg zwischen der ukrainischen Bevölkerung und den polnischen Okkupationstruppen. Das polnische Kommando schickte Truppen gegen die Aufständigen aus.

Die Besetzung der höheren Beamtenstellen.

Die Vereinigung sächsischer höherer Staatsbeamten hat den sozialistischen Zeitungen folgende Erklärung übersandt: Die kürzlich veröffentlichte Erklärung der Vereinigung ist vielfach nicht richtig verstanden worden. Ein Beispiel mag zeigen, worum es sich für die Vereinigung handelt: Angenommen, es soll die Stelle eines Faktors oder leitenden Metteurs in einer Druckerei neu besetzt werden, und der Geschäftsführer oder Inhaber der Druckerei beruft nun etwa einen Tischler in diese Stellung, weil er in ihm einen zuverlässigen Gesinnungsgenossen besitzt, den er an dieser Stelle für wünschenswert hält. Ganz zweifellos werden sich die Setzer der Druckerei gegen dieses Verfahren wenden, selbst wenn der Tischler einige Zeitungsartikel verfaßt und in einer Pressekommission tätig gewesen sein sollte, also Fernstehenden als eine Art Sachkundiger erscheinen könnte. Und dabei könnte die Druckerei eine Zeitlang wohl auch mit dem Tischler weiterarbeiten, wenn die Setzer sich fügten und einige Erfahrene unter ihnen sich bereit fänden, dem Tischler mit ihrem Rat zur Seite zu stehen und seine Obliegenheiten für ihn zu erfüllen. Aber mit gutem Recht wird sich jede Facharbeiterschaft gegen ein solches Verfahren zur Wehr setzen. Die Vereinigung sächsischer höherer Staatsbeamten wendet sich nun dagegen, daß dieses Verfahren etwa bei der Besetzung leitender Beamtenstellen zur Anwendung gelange, wie dies in einer Reihe von Presse-Artikeln gefordert worden ist. Die Frage lautet also: Sollen Beamtenstellen besetzt werden mit Fachleuten oder mit Dilettanten, die parteipolitisch tätig gewesen sind? Darin liegt, daß sich die Vereinigung durchaus nicht gegen die Berufung der-